

Fremdenfeindlichkeit und das Migrations- und Integrationsproblem

Eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Problem der Migration und Integration ist in Deutschland faktisch verboten. Die Folgen dieses Sachverhaltes können nicht ausbleiben.

Von Marie Ringel

Innenminister [Schäuble](#) und Arbeitsminister Scholz wollen die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland verringern. Jene Zuwanderer, die in erster Linie die Vorteile der deutschen Sozialkassen abkassieren wollen, sollen ebenso verringert werden, wie der Zustrom von unqualifizierten Arbeitskräften. Das klingt eigentlich ganz vernünftig, aber beide erklären nicht, wie sie ihr gestecktes Ziel erreichen wollen. In der Vergangenheit sind Millionen Menschen aus fremden Kulturkreisen zugewandert, die gerade diese gewünschten Voraussetzungen nicht hatten. Welche Vorkehrungen werden die in Bund und Ländern verantwortlichen Politiker treffen, diesen Zustrom künftig zu verhindern?

Zwischen 1996 und 2006 sind 3,5 Millionen Einwanderer nach Deutschland gekommen. Keine 20 Prozent davon hatten eine qualifizierte berufliche Ausbildung¹, also verfügten über 2,8 Mio. nicht über die gewünschte berufliche Qualifizierung! Daraus folgert die FAZ, daß „Deutschland für jene Ausländer am attraktivsten ist, die mit materieller Absicherung auf bescheidenstem Niveau zufrieden sind“. Das sind aber eben die Flüchtlinge in die deutschen Sozialkassen, es sind die Menschen, deren berufliche und gesellschaftliche Integration nicht gelingen will.

Wer diese von Art und Menge nicht verkraftbare Zuwanderung für falsch hält – z.B. aus ökonomischen Gründen – und dies offen sagt, gefährdet seine berufliche und gesellschaftliche Existenz. Er wird als Ausländerfeind stigmatisiert und ist damit ein für allemal öffentlich erledigt. An ihm wird eine Art „öffentlicher Hinrichtung“ zelebriert, die alle gleich Gesonnen oder gleich Denkenden abschrecken soll. Es gibt kein Amt und keinen Arbeitsplatz in Deutschland, wo diese Angst vor der „öffentlichen Hinrichtung“ nicht latent zu spüren ist. Und es gibt die Wächter, – vor nicht allzu langer Zeit, da nannte man sie Blockwarte – die, natürlich von den hehrsten Motiven des humanen Zeitgeistes getrieben, die Einhaltung der Denkvorgaben überwachen.

Wer beim falschen Denken ertappt wird, wird abgemahnt, abgestraft, entlassen, aus dem Dienst entfernt. Im Prinzip wird er wegen seiner abweichenden Meinung diskriminiert. Nicht wegen seiner Religion, seiner Abstammung oder Hautfarbe. Diese Art der Diskriminierung wäre verboten – die andere aber ist erwünscht!

Im Prinzip geht es um die Frage, wie viele Zuwanderer aus fremden Kulturen ein Volk verkraften kann, ohne seine Identität zu verlieren. Und es geht natürlich auch um die Frage, ob die Zuwanderung ökonomische Vor- oder Nachteile für die heimische Bevölkerung hat. Dabei können sich die Interessen der heimischen Industrie durchaus von den Interessen der deutschen Arbeiter unterscheiden, zumal große Teile der deutschen Unternehmen in ausländischen Besitz gelangt sind und die internationalen Kapitaleigner naturgemäß nicht das Verantwortungsgefühl gegenüber deutschen Arbeitnehmern haben, das einmal die deutschen „Fabrikbesitzer“ hatten.

Die Frage, wie viele Zuwanderer ein Staat verkraften kann, wird für ein gewachsenes Kulturvolk anders zu beantworten sein wie für Staaten, die ihre Existenz der

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.07.2008 Seite 1.

Einwanderung verdanken, z.B. die USA, Kanada oder Australien. Es geht heute darum, ob ein Volk, das seine Identität bewahren will, die Zuwanderung begrenzen darf oder nicht. Und in diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die Politiker – die ja vom Volk gewählt worden sind – dem Souverän, das ist wiederum das Volk, in einer Demokratie Knebel verpassen dürfen, die eigene Meinung zum Problem einer Zuwanderungsbegrenzung zu sagen.

Fakt ist, daß jeder Deutsche, der die Zuwanderung nach Deutschland auf ein vernünftiges Maß begrenzen will, öffentlich als Ausländerfeind gebrandmarkt und kriminalisiert werden kann. Eine sachliche Diskussion, wo und wie die Grenzen der Zuwanderung geregelt werden müssen, ist in dem „freiesten Staat, den es je auf deutschem Boden gab“, faktisch nicht möglich.

In diesem Klima des öffentlichen Meinungsterrors kommen dann Leitsätze zustande wie die Behauptung, daß zu wenig Ausländer im Osten angeblich die Ursache für Fremdenfeindlichkeit in Mitteldeutschland sind.² Das ist die Ansicht der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU). Wörtlich sagte sie: „Wo es geringe Erfahrungen mit Ausländern gibt, wachsen Vorurteile schneller“.

Diese Logik ist hanebüchen, denn die gefühlte existentielle Bedrohung der Menschen, die Frau Böhmer als ausländerfeindlich diffamiert, hatten die Deutschen nie, als sich die Zuwanderung in den vergangenen Jahrzehnten (Ruhrgebiet z.B.) in Grenzen hielt und sich die Zuwanderer in angemessener Zeit integrierten. Diese Grenze ist überschritten worden und die Integration ist gescheitert. Es wäre die große und verantwortungsvolle Aufgabe der deutschen Politiker gewesen, die für das Deutsche Volk und seine Volkswirtschaft tolerierbare Aufnahmefähigkeit zu eruieren. Sie haben diese Aufgabe nicht erfüllt, sondern beschimpfen den Auftraggeber – das Volk – als ausländerfeindlich.

Formal leben wir zwar in einer Demokratie, in der die gewählten Vertreter den Willen des Volkes ausführen müßten. Aber wir sind wieder so weit, wie in den historisch vorangegangenen Herrschafts- und Staatsformen, daß die Herrschenden es besser wissen, was das Volk zu tun und zu denken hat.

Schlimmer kann man den Grundgedanken der Demokratie nicht verletzen. Das wird sich rächen.

© www.hpatzak.de 03.08.2008

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02.07.2008 Seite 4.